

Deswegen kann in Umwandlung eines alten Satzes von David Ben Gurion, der die Juden im Kampf gegen den Nationalsozialismus und gegen das britische Mandat in Palästina sah, gesagt werden, dass es gilt, den Antisemitismus zu bekämpfen, als ob es keinen Nahostkonflikt gäbe, und den Nahostkonflikt einer Lösung zuzuführen, als gäbe es den Antisemitismus nicht.

Vor mehr als hundert Jahren, 1902, erschien in Wien „Altneuland“ von Theodor Herzl.



Doron Rabinovici

1961 in Tel Aviv geboren, lebt seit 1964 in Wien. Schriftsteller, Essayist und Historiker. Bücher: „Ohnehin. Roman“ (2004), „Credo und Credit. Einmischungen“ (2001), „Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938–1945. Der Weg zum Judenrat“ (2000), „Suche nach M. Roman in zwölf Episoden“ (1997), „Papirnik. Stories“ (1994), „Österreich. Berichte aus Quarantainen“ (hg. gem. mit Isolde Charim, 2000).

Oktober 2004 erscheint: „Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte“ (hg. gem. mit Ulrich Speck und Natan Sznajder).

Juden und Moslems in Frankreich

Kollision zweier Leidensgeschichten

VON DANNY LEDER

„Allahu Akbar“ (Gott ist groß), rief der Mann, zog ein Messer aus einer Plastiktüte und versetzte einem jungen Juden vor einer Talmud-Studienstätte einen Stich in die Brust. Der Angriff ereignete sich im Juni 2004 in Epinay-sur-Seine, einer jener Satellitenstädte nördlich von Paris, die immer wieder zum Schauplatz antijüdischer Übergriffe wurden.

Den Mordversuch von Epinay empfanden viele als Fanal. In den letzten vier Jahren war es zwar häufig zu Anpöbelungen, manchmal zu Schlägen, seltener zu Steinwürfen gegen Juden und ganz selten sogar zu Brandlegungen gegen jüdische Einrichtungen gekommen, aber eine Messerattacke war ein Novum. Das Opfer, der 17-jährige Israel Ifrah, überlebte trotz eines Lungendurchstichs. Der Angreifer konnte flüchten und wurde später gefasst: Eskander Guessine, ein dreißigjähriger beschäftigungsloser Buchhalter, Sohn einer Tunesierin und eines Algeriers, der in seiner Umgebung als verschlossener Einzelgänger galt. In seiner Wohnung fand man radikalislamische Plakate, knapp vorher hatte Guessine eine Reise nach Saudi-Arabien unternommen.

Freilich: Guessine hatte nach seiner Attacke vor der jüdischen Schule noch vier weitere Passanten zu erstechen versucht, darunter einen Moslem, wobei er wirre religiöse Sätze rief. Also *nur* ein wahnsinniger, nicht repräsentativer Eigenbrötler oder doch, gerade wegen seiner psychischen Labilität, der Vollstrecker des in moslemischen Kreisen grassierenden Judenhasses?

Eine derartige Grauzone umgibt viele der gegen Juden begangenen Taten.¹ Daraus versuchen zwei gegensätzliche Meinungsströmungen ihre Interpretationsmuster zu schöpfen, wobei Staatspräsident Jacques Chirac zunehmend in die Rolle eines engagierten Friedensrichters gerät. Auf der einen Seite stehen die meisten jüdischen Verbände, eine Reihe von Intellektuellen, von denen etliche, aber bei weitem nicht alle aus jüdischen Familien stammen, ja sogar eine kleine Gruppe von Moslems. Auf der anderen Seite firmieren die Mehrheit der moslemischen Organisationen sowie der Großteil der linksalternativen Szene, darunter etliche Persönlichkeiten, die ihrerseits auch aus jüdischen Familien stammen.

Die erstgenannte Strömung sieht in der von Moslems ausgehenden Judenfeindschaft eine umfassende Bedrohung für die jüdische Minderheit und die Republik, die zu lange unterschätzt wurde. Weil die meisten Attacken gegen Juden von Jugendlichen aus nordafrikanischen Einwandererfamilien begangen wurden, von denen viele bereits zuvor in die Kleinkriminalität abgeglitten waren, hätte man die antijüdischen Vorfälle erst gar nicht als solche zur Kenntnis genommen. Der gewaltschwangere Alltag in den verarmten Randvierteln habe die Sicht auf die besondere Bedrohung der Juden vernebelt. Dazu kam das schlechte Gewissen der französischen Öffentlichkeit gegenüber den Jugendlichen aus moslemischen Migrantenfamilien, die unter Diskriminierung bei der Job- und Wohnungssuche leiden. Die soziale Misere dieser Jugend-

lichen habe, zumindest unterschwellig, als Entschuldigung gewirkt, ebenso der Verweis auf Israels Besatzungspolitik gegenüber den Palästinensern.

Franko-arabische Feministinnen gegen Antisemitismus

Der Irakkrieg der US-geführten Koalition brachte eine Zeitenwende, zumal Staatschef Chirac die Gefahr erkannte, die mit seiner Rolle als Kontrahent von George Bush und Kritiker Israels einherging. In der arabischen Welt heimste Chirac Rekordpopularität ein: Bei einem Besuch in Algier im März 2003 wurde er von Hunderttausenden als „Raisuna“ (unser Präsident) bejubelt. Aber das Anwachsen der antijüdischen Übergriffe in Frankreich lieferte Nährstoff für das Zerrbild eines „antisemitischen Landes“, das US-Medien und israelische Politiker zeichneten.

Ein kleines Büchlein sollte eine besondere Rolle spielen und auch Chirac nachhaltig beeindrucken: „Les territoires perdus de la République“ – die verlorenen Territorien der Republik.² Lehrer schildern darin, wie jüdische Schüler, aber auch jüdische Lehrer von ihren mehrheitlich moslemischen Klassenkollegen bzw. Schülern bedrängt wurden, wie stellenweise der Unterricht über den Holocaust und die Dreyfus-Affäre in Tumulte mündete. Aber auch, wie Lehrerinnen, weil Frauen, zunehmend von moslemischen Schülern gemobbt wurden, wie der Unterricht über die Philosophie der europäischen

Aufklärung unter dem Vorwurf „atheistischer Propaganda“ boykottiert wurde.

Die Grundthese der Autoren, die Abwehr der islamistisch geprägten Judenfeindschaft werde zur Nagelprobe für die Standfestigkeit der Republik, machten sich auch einige wenige, aber rührige Frauenrechtlerinnen aus moslemischen Familien zu Eigen. Deren Argumentation: Fundamentalistische Aktivisten würden das islamische Kopftuch als politisches Banner einsetzen, um ihre Machtansprüche in immer mehr öffentlichen Institutionen (Schulen, Universitäten, Spitälern, Sozialämtern, Verwaltungen, Gerichten) geltend zu machen und einen schier unwiderstehlichen Gruppendruck zu erzeugen.

Dadurch wären etwa in Vorortesiedlungen mit vielen Moslems all jene Mädchen, die barhäuptig blieben, als sexuelles Freiwild gezeichnet. Andauernde Belästigungen und wachsende Gewalt der Burschen gegen (unverschleierte) junge Frauen fänden eine religiöse Legitimierung. In Spitälern, so konstatieren sie, beharren radikal-moslemische Männer darauf, dass ihre Frauen oder Töchter nur von weiblichem Personal untersucht und behandelt werden. Die Mitgliedschaft junger Mädchen bei den Sportvereinen der Vorortesiedlungen gehe drastisch zurück, in Freizeiteinrichtungen wie Schwimmbädern werde eine strikte zeitlich-räumliche Geschlechtertrennung gefordert und teilweise auch durchgesetzt.

Bekannt wurden diese überwiegend franko-arabischen Frauenrechtlerinnen mit ihrem Slogan: „Ni putes, ni soumises“ (sinngemäß: Wir sind weder Huren noch Untergebene der Männer). Unter dieser Bezeichnung organisier-

ten sie eine spektakuläre Diskusstournee in städtischen Krisenvierteln, die in einer großen Demonstration in Paris gipfelte.

Ebenso übernahm diese Frauengruppe, gemeinsam mit dem jüdischen Studentenverband und der Bewegung SOS-Rassismus, eine führende Rolle bei einem „Marsch gegen den Antisemitismus“ im Mai 2004, als wieder einmal die gegen Juden gerichteten Angriffe spürbar zunahmen. Allerdings befanden sich unter den rund 20.000 Marschteilnehmern dann nur sehr wenige Franko-Araber oder Franko-Afrikaner – ein weiteres Zeichen dafür, dass diese Frauengruppe unter den Jugendlichen aus moslemischen Migrantenfamilien zumindest diesbezüglich kaum auf Gehör stieß. Die übrigen französischen Antirassismus-Organisationen waren zwar



Der „Marsch gegen den Antisemitismus“ in Paris vom Mai 2004, eine gemeinsame Initiative des Jüdischen Studentenverbands, der Bewegung SOS-Rassismus und franko-arabischer Feministinnen

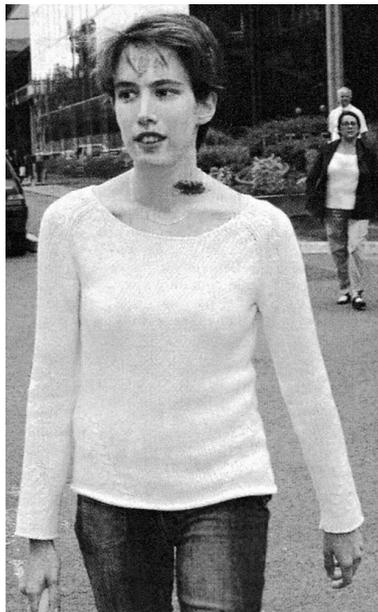
auch zu dem Marsch gestoßen, allerdings in einem getrennten und kleinen Block am Ende der Demonstration, mit allgemein gehaltenen Parolen gegen Rassismus und Rechtsradikalismus. Den Initiatoren des Marsches hatten sie vorgeworfen, diese Demonstration „nur“ gegen den Antisemitismus zu richten. Ein Vorwurf, den die Sprecherin der „Ni putes, ni soumises“-Gruppe, Fadela Amara, heftig zurückwies: „Als wir gegen die Morde an Arabern demonstrierten, verlangte auch keiner, dass wir Parolen gegen den Antisemitismus dazunehmen. Der Antisemitismus ist ein Krebsgeschwür. Gegenüber dem Antisemitismus kann es kein Zaudern und Herumlavieren geben. Der Kampf gegen den Antisemitismus ist der Motor des Kampfs gegen alle Formen der Ausgrenzung.“

Zuvor hatten die „Ni putes, ni soumises“-Frauenszene und die über den Judenhasß besorgten Lehrer wesentlich dazu beigetragen, dass im Februar 2004, auf Initiative von Chirac, das französische Parlament ein Gesetz gegen religiöse Symbole an öffentlichen Schulen beschloss. Das Tragen „großer“ christlicher Kreuze, der jüdischen Kippa und des islamischen Kopftuchs wurde verboten. Zu Beginn des Schuljahres 2004/05 kam dieser Beschluss, bis auf wenige Ausnahmen, zur konfliktfreien Anwendung.

Erfundene Attacken und reale Angriffe

Möglicherweise aber könnte es in Frankreichs Öffentlichkeit im Sommer 2004 zu einem neuerlichen, vorläufigen Meinungsumschwung gekommen sein. So wie nach den Protesten gegen den Irakkrieg die Stimmung zugunsten jener Strömung zu kippen begann, die die antijüdischen Übergriffe junger Moslems als Angelpunkt der gesellschaftlichen Krise einstufte, dürfte jetzt wiederum das Pendel auf die andere Seite ausgeschlagen haben. Also zugunsten jener Meinungsströmung, die in der Judenfeindschaft ein Randphänomen sieht, dessen Überbewertung auf eine Stigmatisierung der moslemischen Migranten hinauslaufe.

Drei Ereignisse dienten als Katalysatoren: einmal die Affäre, Anfang Juli 2004, um eine junge Frau, Marie-Leonie, die behauptet hatte, in einem Pariser Vorortezug gemeinsam mit ihrem 13-monatigen Baby von jeweils drei jungen Franko-Arabern und drei Franko-Afrikanern misshandelt worden zu sein, weil diese sie – irrtümlich – für eine Jüdin gehalten hätten. Schließlich gestand Marie-



Die Pariserin Marie-Leonie, 23, das angebliche Opfer von Misshandlungen junger Araber, die sie für eine Jüdin gehalten hätten – eine Lügengeschichte

Leonie, sie habe den Überfall schlicht erfunden: „Damit man sich um mich kümmert“, wie die 23-Jährige zu Protokoll gab.

Die Frau war zwar als krankhafte Lügnerin, die schon mehrmals Überfälle erfunden hatte, bei der Polizei bereits aktenkundig. Aber noch bevor dies innerbehördlich eruiert wurde, gelangte eine Benachrichtigung über den angeblichen Überfall zu Innenminister Dominique de Villepin und Präsident Chirac. Beide veröffentlichten auf der Stelle scharfe Kommuniqués, woraufhin die gesamte französische Politszene und Medienlandschaft die Meldung für bare Münze nahm. Die Spitzen fast aller Politlager machten ihrer Empörung Luft, die französische Nationalversammlung berief eine sofortige Sondersitzung ein, die Zeitungen widmeten dem Vorfall ihre Aufmacher und seitenlange Dossiers.

Tempo und Heftigkeit dieser Reaktion hatten ihre – guten – Gründe: Politiker und Journalisten wollten sich nicht noch einmal, so wie während der ersten Welle der antijüdischen Übergriffe in den Jahren 2001 und 2002, dem teilweise berechtigten Vorwurf aussetzen, sie würden die Gewaltakte gegen Juden nicht genügend beachten.³ Obendrein hatte das französische Innenministerium in den ersten fünf Monaten des Jahres 2004 bereits 135 antijüdische Vorfälle registriert – mehr als im gesamten Jahr 2003, in dem „nur“ 127 Vorfälle gezählt worden waren. Etwa achtzig Prozent aller amtlich konstatierten und als „rassistisch oder fremdenfeindlich“ eingestuften Drohungen waren gegen Juden gerichtet. Dieser alarmierende Anstieg ist freilich auch auf eine zunehmend konsequenteren Registrierungsbereitschaft der Behörden zurückzuführen.

Als aber zwei Tage nach Verbreitung der Meldung über den angeblichen antijüdischen Überfall auf die junge Frau und den geharnischten Erklärungen der Staatsführung die Story platzte, empörten sich zahlreiche moslemische Würdenträger und ein Teil der Antirassismus-Organisationen über „Islamophobie“. Einige forderten – vergeblich – eine „Entschuldigung“ der Politiker.

Junge Franko-Arabern und Franko-Afrikanern klagten, gegen sie verübte Polizeiübergriffe fänden keine auch nur annähernd vergleichbare Resonanz. Die Diskriminierungen und Beleidigungen, die sie in ihrem Alltag vielfach erleiden müssten, würden weitaus weniger prominente Proteste auslösen. Der pauschalierende Antisemitismusvorwurf sei bloß ein weiteres Mittel, um sie, die moslemischen Migrantenkinder, als „Barbaren“ abzustempeln und



Ariel Sharon empfängt Einwanderer aus Frankreich: Israels Premier hatte Frankreichs Juden zur „Aliah“ aufgerufen

ihre Benachteiligung als selbst verschuldet darzustellen. Die eingangs erwähnte zweite, eher linksalternative Meinungsströmung, die sich mit den antijüdischen Vorfällen sichtlich schwerer tut und deren „Überbetonung“ und „Überfrachtung“ wittert, fühlte sich bestätigt.

Die Zerstörung eines jüdischen Sozialzentrums inmitten des volkstümlichen elften Pariser Bezirks, Ende August 2004, durch einen Brandanschlag löste neuerlich massive Reaktionen aus. Premierminister Jean-Pierre Raffarin begab sich vor Ort und versprach „extreme Strenge gegen Antisemiten“, sozialistische Oppositionspolitiker forderten „endlich Taten statt Krokodilstränen“. Im Internet erschien ein Bekennerschreiben einer Islamisten-Gruppe, an den Wänden des zerstörten Zentrums hatte man Hakenkreuze und antijüdische Aufschriften vorgefunden. Eine Woche später stellte sich der Brandstifter: ein jüdischer Kostgänger und gelegentlicher Beschäftigter des Zentrums, der sich für den Entzug einer Gratiwohnung rächen wollte.

Bedrängte Minderheit in der Minderheit

Auch hatte ein Aufruf von Ariel Sharon, im Juli 2004, an Frankreichs Juden, „unverzüglich“ nach Israel auszuwandern, um einem „entfesselten Antisemitismus“ zu entfliehen, bereits für eine Überreizung der französischen Öffentlichkeit gesorgt. Jüdische Gemeindeglieder äußerten sich verärgert über diese „unpassende Einmischung“ Sharons.

Bisher konnte zwar kein bedeutender Anstieg der jüdischen Auswanderung nach Israel konstatiert werden: Im Schnitt entschließen sich von den insgesamt 600.000

Juden Frankreichs pro Jahr zwischen tausend und 2000 zur „Aliah“, Hunderte dürften aber auch wieder zurückkehren. Die Äußerungen des israelischen Premierministers wurden aber vor allem von den Juden in den Vororten eher mit Genugtuung aufgenommen und als eine Art Seelenmassage empfunden. Wenn Sharon von einer „neuen Art des Antisemitismus“ spricht und dabei auf die zehn Prozent moslemischer Bevölkerung Frankreichs verweist, entspricht das dem Bedrohungsgefühl etlicher Juden. Vielfach in denselben Gegenden angesiedelt wie die meisten der rund fünf Millionen Moslems Frankreichs, sehen sich diese Juden als eine Minderheit in der Minderheit.

Die Mehrzahl der Juden Frankreichs, so wie die meisten ihrer moslemischen Nachbarn, stammen aus dem arabischen Nordafrika. Aber während die Moslems hauptsächlich als Arbeitsmigranten nach Frankreich kamen, flohen die Juden nach Abzug der französischen Kolonialmacht auch vor den Anfeindungen der Moslems.

Ist Israel für die Juden zur Heimstätte vieler ihrer Verwandten und zu einer Art Trost für ihre Vertreibung aus Nordafrika geworden, so erscheint der moslemischen Bevölkerung Frankreichs das Schicksal der Palästinenser unter israelischer Herrschaft als Wiederholung ihrer eigenen Geschichte unter dem französischen Kolonialregime. Wecken die antijüdischen Attacken bei Juden aus Nordafrika Erinnerungen an ihre einstige Gängelung in den arabisch-moslemischen Gesellschaften, so erscheint jungen Franko-Arabern die massive Erörterung der moslemischen Judenfeindschaft wie eine weitere Demütigung durch eine Gesellschaft, die ihre Eltern vielfach ausgrenzte und ihnen noch immer Chancengleichheit verwehrt. Wollen sich Juden nicht mehr damit abfinden, dass sie schon wieder als Sündenböcke für allgemeine soziale Missstände erhalten müssen, geraten junge Moslems, die stets aufs Neue auf gesellschaftliche Barrieren stoßen, in aggressive Indifferenz gegenüber Gewaltopfern. In Frankreich kollidieren zwei Leidensgeschichten, deren Träger Seite an Seite leben – eine gefährliche Nachbarschaft.

Anmerkungen

1 Siehe dazu auch: Danny Leder: Die unheimliche Quadratur – Juden, Moslems, Resonanz des Nahostkonflikts und Jugendgewalt in Frankreich. In: Das Jüdische Echo, Vol. 50, Oktober 2001, S. 195.

2 EMMANUEL BRENNER (Hg.): Les territoires perdus de la République – Antisémisme, racisme et sexisme en milieu scolaire. Paris 2002.

3 Siehe dazu auch: Danny Leder: Auf dem Weg ins globalisierte Abseits – Auch Frankreichs Juden fühlen sich zunehmend isoliert. In: Das Jüdische Echo, Vol. 52, Oktober 2003, S. 90.